

Erscheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Berando, Redacteur St. Götter.
Sprechstunde d. Redaction
Sonntags von 11-12 Uhr
Nachmittags von 4-5 Uhr.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate in den Wochentagen
bis 3 Uhr Nachmittags.

Stelle für Inseratannahme:
Otto Klemm, Universitätsstr. 22,
Pauls Kirche, Günstig. 21, part.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

No 106.

Wittwoch den 16. April.

1873.

Kasslage 11000.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1 Thlr. 7/8, Halbjährlich 3 Thlr. 10 Ngr.
Jede einzelne Nummer 2/8 Ngr.
Belegexemplar 1 Ngr.
Belohnung für Extrablätter
ohne Postbefreiung 10 Thlr.
mit Postbefreiung 14 Thlr.
Inserate
4gespaltene Courzspalten 1 1/2 Ngr.
Größere Schriften
laut unserem Preisverzeichnis.
Reclamen unter d. Redactionschrift
die Spalte 2 Ngr.

Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Freitag am 18. April a. e. Abends 7 1/2 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

- I. Gutachten des Schulausschusses über a) Mobiliarbeschaffung für die neuen Classen der höheren Mädchenschule, b) Mobiliarbeschaffung für die Nicolaischule, c) Dotierung der neuen Pflanzschulen an der Thomasschule, d) Aufbesserung der Gehalte der Gymnasiallehrer und Realschullehrer, e) Errichtung eines Vorstandes für die gewerbliche Fortbildungsschule.
- II. Gutachten des Verfassungsausschusses über a) Ueberschreitung der Baufluchtlinie Seiten eines Adjacenten an der Ecke der Thal- und Hospitalstraße, b) den Antrag wegen Errichtung eines Katasters zur Erhebung von Parochialanlagen, c) den Antrag bezüglich der dem Theaterdirector Goase in der Presse Schul gegebenen Pachtvertragsverletzung.

Bekanntmachung.

Die Anlagen der öffentlichen Benutzung überlassenen Johanna-Parlos werden in neuerer Zeit arg beschädigt.

Wir stellen daher dieselben hiermit unter öffentlichen Schutz, verbieten jegliche Beschädigung dieser Anlagen, insbesondere der Anpflanzungen, sowie das Betreten derselben und der Rasenflächen des Parks, und versehen um bei Handhabung dieses öffentlichen Schutzes, sowie bei Aufrechterhaltung dieses Verbots der bereitwilligen Unterstützung des Publicums.

Die Raths- und Polizeiwachmannschaften, sowie der von uns eidlich verpflichtete und zum Schutz der Parkanlagen besonders angestellte Parkwärtler sind zur strengsten Aufsichtsführung angewiesen.

Das Abpflücken und Abbrechen und jede sonstige Beschädigung oder Zerstörung der Anpflanzungen und Garteneinrichtungen ist in §. 304 des Strafgesetzbuches mit Gefängniß bis zu 3 Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 500 Thlr. und bez. Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht. Das Betreten des Parks außerhalb der gebahnten Wege wird von uns mit einer Strafe bis zu 5 Thlr. oder verhältnismäßiger Haft geahndet werden.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. G. Mehlner.

Königl. Kunst-Akademie.

Die diesjährige Ausstellung von Arbeiten der Schüler dieser Kunst-Akademie findet statt im Kartonsaale des städtischen Museums von Sonntag den 13. bis Freitag den 18. April.

Städtische gewerbliche Fortbildungsschule.

Das Sommersemester beginnt bei der Tagesschule am 21. April d. J. Für den Unterricht in Modelliren in Thon und Wachs wird am 20. April ein neuer Kursus eröffnet. Anmeldungen hierzu nimmt der Unterzeichnete täglich zwischen 11-12 1/2 Uhr Vormittags im Locale der Tagesschule — Leisingstraße 14 — entgegen. Auch sind daselbst Prospekte der Anstalt jederzeit zu haben.

Julius Burghardt, Director.

Dritter Deutscher Musikertag.

Leipzig, 15. April. Gestern haben die Verhandlungen der für die Tage 14-17. April in unserer Stadt weilenden Tonkünstler, resp. des Dritten Deutschen Musikertages begonnen. Nachmittags 4 Uhr hatte sich eine dem herrlichen Festtagsmutter angemessene, ziemlich zahlreich besetzte Versammlung im Gartenlaube des Hotel de Prusse eingeleitet, die Herr Professor Riedel, als Vertreter des Local-Comitès, mit kurzen aber herzlichem Worten begrüßte. Aus dem folgenden Berichte über die Thätigkeit des Bureaus des ständigen Ausschusses, den Herr Prof. Dr. Kl. Leben aus Berlin so gedanklich wie möglich gab, war zu entnehmen, daß die Sache des Deutschen Musikertages aufs Eifrigste gefördert wurde und seit dem zweiten Musikertage 1871 in Wogdeburg nach Außen und Innen wesentliche Fortschritte gemacht hat.

Nachdem dem ständigen Ausschusse durch Erhebung der Verammten vom Plaque die gebührende Anerkennung ausgedrückt worden war, ging der Vorsitzende zum eigentlichen Gegenstande der Tagesordnung über, die Frage: „In welcher Form erscheint das Eingreifen des Staates bei der öffentlichen Musikpflege wünschenswerth, bezüglich nachwendig?“ über, und ertheilte dem Referenten Herrn Dr. W. Langhans das Wort. Derselbe verneinte zunächst, daß das Eingreifen des Staates in die öffentliche Musikpflege (Konzertinstitute u.) wünschenswerth sei, sondern es sei der staatlichen Erziehungsanstalt die allmähliche Heranbildung in Schulen, resp. die energische Initiative im Musikunterrichte auf Gymnasien, Hochschulen u. vorzuziehen. Nur nach Jugendunterricht in der Musik auf Schulen sei eine Forderung der öffentlichen Musikpflege zu ergreifen. Im Weiteren gab der Referent einen Auszug aus seiner vor einiger Zeit erschienenen Broschüre: „Das musikalische Urtheil und seine Ausbildung durch die Erziehung“, worin die hauptsächlichsten Momente seines Vortrages schon enthalten sind. Das Ziel der Reformbestrebungen müsse eine wirkliche Hochschule für Musik, resp. eine Musikuniversität sein, die aber nicht ganz neu zu schaffen, sondern aus der schon bestehenden Deutschen Hochschule für Musik in Berlin, die freilich jetzt nur ein Conservatorium nach allem Stile sei, herauszubilden, durch allerlei reformatorische Einrichtungen, Anfassung von Privatdozenten u. zu erreichen sei. Die Verwaltung müsse im Gegentheile zu der directorialen eine collegiale werden. Jedenfalls wäre Berlin zunächst der festhaltende Centralpunct für eine beratende Reformbildung, jedoch wäre anzunehmen oder auch zu hoffen, daß später vielleicht Leipzig, dessen Universitäts die Berliner auch überlegen, in derselben Weise eine größere Musikuniversität bilden würde.

Die darauf eröffnete Debatte ergab vielerlei divergirende Ansichten, unter denen die optimistischsten in der Minderheit blieben. Zunächst wünschte Herr Dr. Lehmann aus Berlin von allem Anfang an umfassendere Schöpfungen von musikalischen Bildungsanstalten. Auch in den Provinzialhauptstädten müßten gleich ähnliche Hochschulen in Angriff genommen werden. Herr Dr. Eichberg behauptete, daß derzeit Berlin der allerschönsten Boden für die zu schaffende Hochschule sei. Die bestehende deutsche Hochschule der Musik in Berlin umzubilden, hätte größere Schwierigkeiten, als ältere, schon verrosthete Institute zu reorganisiren. Eine ganz neue Gründung durch Hilfe eines funktionsfähigen deutschen Fürsten sei bei weitem versprechender. Nachdem Herr Dr. W. Langhans nochmals die in seinem Vortrage betonte Umbildung der Berliner Musikhochschule empfahl, trat Herr Professor Kl. Leben diesen mehr theoretischen Hoffnungen entgegen. Es handle sich hauptsächlich um den Geldpunct. Der große preussische Staat habe bis vor zwei Jahren im Ganzen nur 16,000 Thlr. auf Musikpflege verwendet, davon habe der Domchor allein 10,000 in Anspruch genommen. Diesen primitiven Verhältnissen müsse ein Ende gemacht werden. Von der Akademie in Berlin, die zwar das Recht habe, die Initiative zu ergreifen, aber nicht thun, sei wenig zu hoffen. Vom Staate direct könne das Geld nicht gefordert werden, denn für die Berliner Hochschule der Musik sei bereits die Summe von 16,000 Thlr. bewilligt, als ein Weiteres zunächst schwerlich herauszubringen. Deshalb müsse man von Berlin absehen und sich eine kleine Residenz auserkennen, resp. aus den Mitteln eines Fürsten das nöthige Geld sich beschaffen.

Die Zwischenfrage des Herrn Gille, ob der Musikertag überhaupt die Errichtung einer Musikuniversität anstrebe, wurde von der Versammlung bejaht. Herr Dr. Zoppf schlägt für das zu stellende Petition an den Reichstag die Fassung vor: Der Deutsche Musikertag erlaucht den Reichstag, bei der Reichsbehörde die Gründung einer Hochschule der Musik nach Art der Universitäten zu beantragen. Nach einigen Entgegnungen wird der Antrag in der Fassung: „Der deutsche Musikertag erlaucht den Reichstag, bei der zuständigen Behörde die Errichtung einer deutschen Universität für Musik zu beantragen“, von der Versammlung angenommen. Die ironisirenden und polemischen Bemerkungen des Herrn Dr. Tappert aus Berlin gingen im Wesentlichen auch darauf hinaus, daß in Berlin Nichts zu hoffen sei, dagegen in einer kleinen Residenz bei energischer Reformthätigkeit nach dem Muster von Richard Wagner sei eine Musikhochschule aufzuzubauen. Der Antrag der Sitzung erfolgte gegen 7 Uhr, nachdem für Dienstag der Beginn der Verhandlungen auf 8 Uhr Vormittags angesetzt worden war.

Bekanntmachung.

In Folge der zum Finanzgesetz vom 8. April vor. Jahr. erlassenen Ausführungs-Berordnung vom 9. dess. Mon. wird

der diesjährige erste Termin der Gewerbe- und Personalsteuer am 15. April dieses Jahres mit einem halben Jahresbetrage fällig.

Die diesigen Steuerpflichtigen werden daher aufgefordert, ihre Steuerbeiträge für diesen Termin nebst den städtischen Gefällen an — 24 Ngr. — resp. — 12 Ngr. — auf jeden Steuerthaler des jährlichen Katastersages bis spätestens 14 Tage nach demselben an die Stadt-Steuer-Einnahme pünktlich abzuführen, da nach Ablauf dieser Frist die gesetzlichen Maßregeln gegen die Säumnigen eintreten müssen.

Die Steuer-Intimationen gehen in diesen Tagen den Hausbesitzern resp. deren Stellvertretern zur sofortigen Vertheilung an ihre Adressirten zu, und sind alle Intimationen von mittlerweile ausgezogenen Steuerpflichtigen unter Angabe von deren Wohnung resp. des derzeitigen Aufenthalts, soweit Solches bekannt geworden, schleunigst an die Stadt-Steuer-Einnahme zurückzugeben.

Mit Rücksicht auf die Heranziehung der sogenannten flottirenden Bevölkerung zu den Communalanlagen werden die diesigen Principale, Meister und sonstigen Arbeitgeber ersucht, die ihnen demnächst zugehenden Intimationen ihrer Gehülfen sofort an Letztere abzugeben, und solche zur Abführung der städtischen Abgaben binnen obgedachter Frist veranlassen zu wollen. Außerdem haben die betr. Principale u. bei Vermeidung einer Ordnungstrafe von 1 Thlr. bis 5 Thlr. die seit der im November vor. J. bewirkten Aufstellung der diesjährigen Orts-Steuer-Kataster vorgegangenen Personal-Veränderungen von allen mit mindestens 1 Thlr. — und darüber beigezogenen Gehülfen binnen 8 Tagen bei der Stadt-Steuer-Einnahme allhier schriftlich anzuzeigen, wofür auch Formulare zu diesen Veränderungsanzeigen auf Verlangen verabreicht werden.

Im Uebrigen wird jeder Beitragspflichtige, welcher seit der Katastreraufstellung die Wohnung gewechselt hat, und dessen Steuerintimation mit Rücksicht darauf, daß solche der Hausbesitzer resp. dessen Stellvertreter ohnerachtet dieser Bekanntmachung zurückbehält, somit nicht zur Auszahlung gelangen konnte, zur Kenntnissnahme seines Steuerfalles sowie zur Empfangnahme eines anderweitigen Steuerausweises an mehrgenannte Behörde verweisen.

Leipzig, den 9. April 1873.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Koch. Taube.

Thomasschule.

Die zur Aufnahme angemeldeten Schüler bitte ich vom 16. bis 18. April mir zuzuführen; die Prüfung derselben, soweit sie in die unteren Classen eintreten sollen, wird am 21. April von 8 Uhr an angesetzt. Die Prüfung der Bewerber um Alumnatstellen findet am 19. April um 8 Uhr statt.

Prof. Dr. Götter.

Allgemeiner Deutscher Schuhmachertag.

Leipzig, 14. April. Heute Vormittag wurden in dem festlich geschmückten Trianonsaale des Schützenhauses die Beratungen des ersten Allgemeinen Deutschen Schuhmachertages eröffnet. Nach Erledigung geschäftlicher Mittheilungen legte das Mitglied des Centralcomitès Herr Bierberg aus Berlin mit kurzen kräftigen Worten den Zweck der Versammlung dar. Dieser Zweck bestünde darin, das Schuhmachergewerbe wieder auf denjenigen Standpunkt zu bringen, daß es sich den anderen Gewerben würdig zur Seite stellen könne. Nicht um schöne Redenarten zu machen, sei man hierher gekommen, sondern um sich durch ganz Deutschland zu vereinigen und mit allem Ernste an der Hebung der eigenen Lage zu arbeiten. (Allgemeines Bravo.)

Als erster Vorsitzender wird Herr Staub aus Leipzig, als erster Stellvertreter Herr Bierberg aus Berlin und als zweiter Stellvertreter Herr Erfurth aus Regensburg gewählt.

Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, die Organisation und Constatuirung des Allgemeinen Deutschen Schuhmacher-Vereins und Beratung des Statutenentwurfes, referirt Herr Bierberg-Berlin. Der Redner bezeichnet es als Hauptaufgabe, mit dem allhergebrachten Schiedsrichtern gründlich zu brechen. Die schlimme Lage, in die der Schuhmacher gerathen, gehe vor Allem daraus hervor, daß er nicht mehr darüber nachgedacht, was zur Befreiung eines geordneten Familienlebens nöthig sei. Ein weiterer Grund sei, daß die Schuhmacher-Lehrlinge selber in der Regel aus den niedrigsten gesellschaftlichen Kreisen rekrutirt werden müßten. Dann aber müsse der Schuhmacher auch anfangen, mehr Achtung vor sich selbst zu haben. (Bravo!) Es sei eine traurige Thatsache, daß die deutsche Arbeit nicht nach Verdienst im Vaterlande geachtet werde. Nun, in dieser Beziehung werde hoffentlich schon die gegenwärtige Ausstellung etwas Gutes thun. In der Vereinigung aller liege aber das Hauptmittel zur Besserung und deshalb stelle er, der Referent, den Antrag, daß ein Allgemeiner Deutscher Verein selbstständiger Schuhmacher gegründet werde. Einst wurde von Leipzig aus die Befreiung Deutschlands vom Fremdenjoch verhängt, möge heute von Leipzig aus die Errichtung des deutschen Schuhmachergewerkes geschehen. (Lebhaftes Bravo!)

Wenl-Stuttgart findet, daß der vom Leipziger Centralcomitè ausgearbeitete Statutenentwurf zu sehr centralisire, weshalb er den Antrag stelle, eine Commission zu ernennen, welche den Entwurf nochmals zu prüfen beziehentlich abzuändern habe. Baumann-Gelnhausen wohnt gleichfalls vor zu starker Centralisation. Fischer-Stuttgart: Die in Süddeutschland gemachten Erfahrungen

hätten den von Stuttgart ausgehenden Antrag auf Theilung der Arbeit entheben lassen. Für einen Vorsitzenden und einen Schriftführer werde die Geschäftsliste unbedingt zu groß werden. Das Beste sei, Deutschland in vier Verbände zu theilen, diese aber wieder einem Centralcomitè unterzu stellen. Ostwald-Berlin kann dagegen nicht die Befürchtungen theilen, daß die Centralisation den Despotismus erzeuge. Im Schuhmachergewerbe könne nicht genug centralisirt werden, wenn man Etwas erreichen wolle.

Kuoff-Frankfurt ist mit dem Antrage auf Bildung von Provinzialverbänden einverstanden und will noch mehr mitteldeutsche Verbände geschaffen wissen, damit Frankfurt sich nicht einseitig zum Süden oder Norden wenden müsse. Schwarz-Stettin: Mit der Devise „seid einig“ sind wir hierher gekommen und schon stehe man im Begriff, sich wieder zu theilen. Man möge nur eine Centralstelle errichten, diese werde am besten im Stände sein, die vorhandene Leihgarie zu zerstören. Ulrich-Leipzig beklagt ebenfalls den Antrag aus Süddeutschland. Dadurch werde keine Vereinfachung, sondern eine Erschwerung und Verschleppung der ganzen Angelegenheit herbeigeführt. Die geschilderten Gefahren der Centralisation seien ein Popanz.

Ehe in der Debatte weiter fortgeschritten wird, bemerkt der Vorsitzende, daß Vertreter der Stadt Leipzig und der Regierungsbehörde anwesend sind, um die Versammlung zu begrüßen. Es ergreift in deren Namen Herr Kreisdirector v. Burgsdorff das Wort. Die Versammlung dankt durch Erheben von den Sitzen.

Horch-Berlin. Würde man vor der vollendeten Thatsache der Organisation durch ganz Deutschland stehen, dann könnte er den Antrag aus Stuttgart freudig begrüßen. Aber wie die Dinge gegenwärtig noch liegen, so könne man nicht froh genug organisiren. Kramer-Hildesheim. Das Einfachste sei, heute in Leipzig einen Centralverein zu gründen, dann könnten sich so viel Unterverbände als nur möglich bilden. Wenl-Stuttgart modificirt seinen Antrag dahin, daß die Zahl der zu bildenden Provinzial-Verbände unbestimmt gelassen werde, und mit dieser Aenderung wird der Antrag auf Wiederherstellung einer Commission zur nochmaligen Beratung des Statuts angenommen. Das Bureau erhält Vollmacht zur Wahl der Mitglieder der Commission. Es wird darauf der Antrag der Genossenschaft Leipzig angenommen:

Die Schuhmacher-Zeitung ist zum Organ des Deutschen Schuhmachervereins zu ernennen und hat dieselbe einen bestimmten Raum des Blattes dem jeweiligen Vereins-Vorstande zur Verfügung zu stellen. Bei Wiederaufnahme der Verhandlung um 4 Uhr Nachmittags wird eine größere Zahl Begrüßungs-Telegramme vorgelesen.